

## **Einige Bemerkungen zum 8. März 2019 in Stuttgart – Schreiben der RAS an die Gruppen des „Aktionsbündnisses 8. März“ und des „Frauenbündnis Stuttgart“ vom 22.4.2019**

Mit diesem Papier wollen wir kurz auf einige Aspekte der Auseinandersetzungen rund um den diesjährigen 8. März in Stuttgart eingehen. Was wir nicht wollen, ist eine abschließende Bewertung vorwegnehmen und den teils noch laufenden Nachbereitungen vorgreifen. Wir wollen auch keine Thematisierung der Querelen im Stil von „ihr habt aber...!“. Wir haben jedoch den Eindruck, dass viele der Existenz von zwei Bündnissen und zwei Demonstrationen zum 8. März mit großem Unverständnis gegenüberstehen und als Erklärung angebliche persönliche Motive herhalten müssen, die zudem häufig nur in Form von Szene-Gerüchten diskutiert werden. Außerdem haben sich rund um den 8. März leider auch Herangehensweisen herausgebildet, die wir als sehr problematisch betrachten. Dazu gleich mehr. Zuerst wollen wir unserer Betrachtung aber doch ein kurzes Fazit voranstellen:

Der diesjährige 8. März war in Stuttgart, wie auch in zahlreichen anderen Städten, ein voller Erfolg! Inspiriert von dem riesigen Frauenstreik in Spanien 2018, wurde der Streikgedanke auch hier aufgegriffen und hat zu einer großen Dynamik geführt. Der 8. März war in unseren Augen Ausdruck einer wieder selbstbewussteren, erstarkten und auch erneuerten Frauenbewegung! Wichtig ist außerdem, dass er insbesondere eine starke klassenkämpferische Färbung hatte. Sowohl der bundesweite Aufruf, als auch die lokalen Umsetzungen betonten stark die doppelte Ausbeutung, der proletarische Frauen durch unbezahlte Haus- und Pflegearbeit auf der einen und durch Ausbeutung als Lohnabhängige, inklusive besonders häufiger prekärer Beschäftigungsverhältnisse, auf der anderen Seite, immer noch unterworfen sind. Nach Jahren deutlich kleinerer Mobilisierungen, gingen an einem Werktag so wieder insgesamt etwa 1000 Menschen auf zwei Demos kämpferisch für Frauenrechte auf die Straße (nach unserer Zählung auf beiden Demos; wir finden es immer wenig dienlich, geschönte Zahlen anzugeben; auch wenn dies hier zweitrangig ist)! Noch wichtiger ist aber die Dynamik, die die Mobilisierung erreichte und die anders als sonst weit über die üblichen linken Kreise hinaus ging. So waren zahlreiche junge Frauen, aber auch Aktivistinnen aus den Betrieben zum ersten mal in so einer Kampagne aktiv und in vielen Fällen auch das erste mal auf einer Demo. Das sind wesentliche und hoffentlich bleibende Erfolge des 8. März 2019!

In diesem Kontext ist es natürlich umso bedauerlicher, dass es zwei auf diese Weise getrennte Mobilisierungen gab. Allerdings auch weniger abwegig als es auf den ersten Blick scheinen mag: Denn wenn viele unterschiedliche Akteure, die wenig gemeinsame Erfahrung in der Praxis haben, zusammen kommen, bleiben Widersprüche und unterschiedliche Erwartungen nicht aus. Konkret stellt sich die Situation für uns so dar: In den letzten Jahren hatte das *Frauen-Bündnis*, das u.a. aus mehreren Frauenverbänden der türkisch/kurdischen Linken, der *MLPD*, sowie dem *Frauenkollektiv* und *Zusammen Kämpfen* jeweils am 8. März Demonstrationen organisiert. Dieses Bündnis war mit seinen Aktivitäten nicht alleine, u.a. das seit 20 Jahren bestehende *Frauennetzwerk-Stuttgart* war ebenfalls durchgehend mit Aktionen auf der Straße präsent. Wir selbst haben uns in den letzten 15 Jahren zum 8. März an der Organisation von mehreren Demonstrationen, Kundgebungen, Stadtspaziergängen und Veranstaltungen beteiligt, an öffentlichen sowie nicht-öffentlichen. In diesem Jahr hatten dann neben dem *Frauen-Bündnis* sehr viele Gruppen und Organisationen Interesse, kämpferische Aktionen auf die Straße zu tragen. U.a. das erwähnte *Frauennetzwerk*, der *ver.di-Bezirk Stuttgart* und diverse linke Gruppen und Parteien.

Auf einem Treffen im Januar, – zu dem *Queerfem* breit eingeladen hatte – auf dem diese Gruppen mit denen des *Frauen-Bündnis* zusammenkamen, kam es dann zu ersten Differenzen. Ohne auf jede einzelne Äußerung eingehen zu wollen, würden wir diese vordergründig als „technisch“ beschreiben. Einige Vertreterinnen des *Frauen-Bündnis* hatten sehr klare und feste Vorstellungen, wie eine gemeinsame Demonstration abzulaufen habe. So gab es z.B. die Forderung vom *Frauen-Bündnis* 10 Reden halten zu wollen. Leider gelang es nicht, die Diskussion, von dieser

oberflächlich-technischen Ebene auf eine politischere zu bringen, auf der eventuell tatsächlich vorhandene politische Widersprüche sichtbar und damit auch lösbar hätten werden können. Tatsächlich war die Frage der Reden dann formal der Punkt, an dem sich die Bündnisse trennten. Das Frauen-Bündnis auf der einen Seite, auf der anderen Seite das *Aktionsbündnis 8. März*, an dem sich das *Frauennetzwerk*, der *ver.di-Bezirk Stuttgart*, der junge Zusammenschluss *Antikapitalistisch organisierte Frauen*, weitere linke und gewerkschaftliche Strukturen und auch wir uns beteiligten und immer noch beteiligen.

Im Nachhinein haben wir Vorwürfe und Gerüchte gehört, es hätte von Seiten der Gruppen des *Aktionsbündnis*, die Forderung gegeben, die Reden im Vorhinein „kontrollieren“ zu wollen. Wir wollen dies – nochmals – klarstellen:

Diese Forderung gab es nie. Wir und andere haben nur 1. nie verstanden, warum es auf einer Demonstration am Freitagabend überhaupt 10 Reden braucht und dann auch nur von der Hälfte aller Gruppen? Wir glauben nun mal nicht, dass Demos ansprechender werden, je mehr Reden es gibt... 2. wollten wir koordinieren, welche Themen in den Reden behandelt werden, welche wo Sinn machen und welche Struktur sich darum kümmert. Das ist ein normales Vorgehen in Bündnissen und hat zum Ziel zu vermeiden, dass alle zum gleichen Thema reden. Wir wollten lediglich, dass am Ende ein ansprechendes Programm steht. Um nicht mehr und nicht weniger ging es uns und anderen. Dass einige Anwesende wider besseren Wissens von „Zensurversuchen“ und ähnlichem sprechen, ist eine Unwahrheit deren Ursache wir uns nicht erklären können...

Sicher ist das nicht das erste Mal, dass technische Differenzen in den Mittelpunkt einer Auseinandersetzung rücken. Wir denken, dass es aber mindestens einen größeren politischen Widerspruch gibt. Wir hatten den Eindruck, dass hinter der Vehemenz mit der technische Forderungen von einigen (wohl eher „libertären“) Vertreterinnen des *Frauen-Bündnis* vorgetragen wurden, auch die Befürchtung steht, in einem Bündnis mit den Gewerkschaften (hier *ver.di-Bezirk Stuttgart* und in deutlich geringerem Maße die *IG Metall Stuttgart*, deren *Ortsfrauenausschuss* sich auch am *Aktionsbündnis* beteiligte) von diesen letztlich dominiert zu werden. Nun wäre das historisch betrachtet und auf die ganze BRD bezogen, sicher nicht das erste Mal. Wir sind hingegen der Meinung, dass trotz dieser abstrakten Gefahr ein grundsätzlicher und ein Stuttgart-spezifischer Grund dafür sprechen, sogar unbedingt auf die Teilnahme der Gewerkschaften zu drängen: Die grundsätzliche Erwägung ist folgende: Richtigerweise war die Inspiration für den bundesweiten Aufruf, wie für die lokalen Stuttgarter Aktivitäten, der Frauenstreik in Spanien. Millionen Frauen haben dort die Grenzen rein symbolischen, ritualisierten Protests überschritten und real gestreikt. Neben dem Kampf gegen Gewalt an Frauen, Sexismus und Feminiziden, standen frauenspezifisch-klassenkämpferische Forderungen im Mittelpunkt dieses großen politischen Streiks. Einen solchen politischen Streik mit ähnlicher Ausrichtung in der BRD ebenfalls hinzubekommen, ist erklärtes Ziel eigentlich aller Akteure zum 8. März. Um ihn durchzusetzen – politische Streiks sind hierzulande verboten, also illegal – müssen wir große Teile der lohnabhängigen, doppelt und dreifach ausgebeuteten Frauen erreichen. Und leider organisieren die sich (noch) nicht vorwiegend in linken, geschweige denn in kommunistischen Strukturen. Diejenigen, die bereit sind sich zu wehren, organisieren sich in nicht unerheblicher Zahl in den Gewerkschaften, als einfache Mitglieder, in Betriebsgruppen oder Betriebsräten. Diese Frauen müssen und können wir erreichen. So haben sich zahlreiche Frauen (und Männer) die an der Basis ihrer Gewerkschaften und in Betrieben aktiv sind (leider in größerem Maße nur von *ver.di*) an der Demo des *Aktionsbündnis 8. März* nicht nur beteiligt, sondern haben sich auch aktiv in die Vorbereitung eingebracht. Das klare Ziel war und ist, den 8. März in den kommenden Jahren auch hier als Streiktag zu gestalten. Wir denken es muss darum gehen, soviel Druck aufzubauen, dass die Gewerkschaften in den nächsten Jahren tatsächlich zum Frauenstreik aufrufen und ihn mitorganisieren. Dieser Kampf wird weder lediglich mit, noch gegen die Gewerkschaften geführt! Er wird von innen, von Gewerkschaftsmitgliedern geführt! Die Gewerkschaften sind dabei kein monolithischer Block, mit einheitlicher Ausrichtung. Auch sind sie längst nicht mehr so einheitlich



sozialdemokratisch dominiert, wie vor einigen Jahrzehnten. Innerhalb des Apparates, wie auch der Basis gibt es hinsichtlich des Frauenstreiks keine einheitliche Position. Insbesondere bei *ver.di* mit mehrheitlich weiblicher Mitgliedschaft, gibt es aktuell einen großen Druck in Richtung Streik zu gehen!

Der spezifisch lokale Grund am 8. März (und auch sonst) mit den Gewerkschaften und insbesondere mit dem *ver.di-Bezirk Stuttgart* zusammenzuarbeiten ist eigentlich recht banal: Mehrere *ver.di*-SektretärInnen und zahlreiche Ehrenamtliche in Stuttgart sind bekannte Linke, einige sehen sich als KommunistInnen, der *ver.di-Bezirk Stuttgart* hat den Ruf einer der linkesten in Deutschland zu sein. Er beteiligt sich immer wieder an zahlreichen politischen Kampagnen, sei es in antifaschistischem, antimilitaristischen oder internationalistischen Bereichen. Aktuell organisiert die *ver.di-Jugend Stuttgart* wieder einen antikapitalistischen Block auf der DGB-Demo am 1.Mai. Damit keine Missverständnisse aufkommen: Die Stuttgarter *ver.di*-Gliederung ist und bleibt eine Gewerkschaft - mit all ihren Beschränkungen und Möglichkeiten – und wird wegen dieser Aktivitäten nicht etwa zu einer „linksradikalen“ Gruppe. Es wäre aber absurd, auf die Zusammenarbeit, die Ressourcen, Kapazitäten und die direkten Verbindungen in die Betriebe und zu den aktiven Belegschaften zu verzichten.

### **Szene-Bündnis oder Aktivierung?**

Daraus ergibt sich ein weiterer Aspekt, der leider auch nicht angemessen diskutiert werden konnte und den wir hier nur kurz benennen wollen: Wenn sich in einem politischen Teilbereich viel bewegt, braucht es andere Strukturen als zu Zeiten, in denen man nur mit Mühe die linke Szene auf die Straße bringt. Das schließt auch die Bündnisarbeit ein: Form, Sprache, Umgang und Atmosphäre, müssen so gestaltet sein, dass auch Leute ohne jahrelange Plenums-Erfahrung gerne teilnehmen wollen und können. Dazu braucht es aber auch die Bereitschaft, bisherige Arbeitsweisen zu überdenken. In der „technischen“ Debatte mit dem *Frauen-Bündnis* hatten solche Erwägungen leider keinen Platz.

Wir sehen in diesen vermeintlichen oder tatsächlichen politischen Differenzen, insbesondere aber in einer Herangehensweise, die nicht versuchte die Widersprüche produktiv zu diskutieren und zu lösen, die Ursache für die Spaltung in zwei Bündnisse – nicht in angeblichen persönlichen Streitereien, die uns gar nicht bekannt sind! Wir denken nicht, dass solche Differenzen einer Zusammenarbeit grundsätzlich im Weg stehen; sie sind prinzipiell in einer Form lösbar, die die aktuelle Bewegung weiterbringen kann. Dazu sind wir aber auf solidarische Herangehensweisen angewiesen, die den eigentlichen Kernen von Widersprüchen auf den Grund gehen und auf diesen Bedingungen aufbauend in der Lage sind, Einheit und Zusammenarbeit an den Punkten herzustellen, die alle Beteiligten tatsächlich politisch stärken und zusammenbringen.

### **Die MLPD - Wenn Solidarität zum Fremdwort wird...**

Im Kontext des 8. März ist allerdings auch ein innerlinker Umgang offenbar geworden, der leider nicht mehr diskutabel ist: Während es mit den Genossinnen der *MLPD* als Teil des *Frauen-Bündnis* im Vorfeld des 8. März relativ wenige Spannungen gab, demonstrierten sie in der Märzausgabe ihrer Zeitschrift „Rote Fahne“ wie wenig ihnen an einem solidarischen Umgang mit Widersprüchen gelegen ist und wie viele Verdrehungen, Lügen und Beleidigungen sie bereit sind zu verbreiten, nur um ihre ziemlich krude Selbstwahrnehmung als einigende Kraft der Frauenbewegung zu bestätigen. Als ob das nicht genug sei, verschickte die Partei am 27.3. willkürlich über alle möglichen aktiven und inaktiven E-Mail-Verteiler eine Erklärung, in der sie alle ihre Falschdarstellungen und Beleidigungen rechtfertigte und zum Teil noch übertraf. Es ist uns tatsächlich zu mühsam, auf jeden einzelnen Quatsch aus dieser 3-seitigen Erklärung zu antworten, daher seien hier nur die relevantesten Punkte – die allesamt gegen eine zukünftige Zusammenarbeit sprechen – genannt:

- Wider besseren Wissens, behauptet die *MLPD* das *Frauen-Bündnis* (in ihrem Jargon: „gewachsene Kampfeinheit“), „gegen Spaltung verteidigen“ zu müssen. Das ist eine Lüge,

denn konkret wollten verschiedene andere Kräfte, die in den letzten Jahren entweder nicht oder anderweitig zum 8. März aktiv waren – darunter das seit 20 Jahren aktive *Frauen Netzwerk*, der *ver.di-Bezirk Stuttgart*, kommunistische, antifaschistische, antimilitaristische Gruppen, insgesamt 15 Organisationen – dieses Jahr ebenfalls eine größere Demonstration organisieren. Leider gab es über einige vorwiegend technische Fragen keine Einigkeit mit dem *Frauen-Bündnis*. Das ist schade, daraus den Versuch einer Spaltung ihres Bündnisses („der Kampfeinheit“) abzuleiten ist bewusst falsch. Selbst wenn hier irreführend nicht das Bündnis, sondern die lokale Frauenbewegung gemeint wäre, die gegen Spaltung verteidigt werden müsste, wäre dies falsch, da eine gemeinsame Aktionseinheit in den letzten Jahren eben nicht gegeben war, sondern diverse unterschiedliche Aktionen stattfanden.

- Mit der Formulierung „wurde jetzt von Kräften um die *ver.di*-Sekretärin [...] eine eigene Demonstration [...] angemeldet“, wird ein Bündnis mit 15 verschiedenen Organisationen und vielen Einzelpersonen, die meisten davon Frauen die in ihren Betrieben gewerkschaftlich aktiv sind, auf eine einzelne Person reduziert. All diesen Frauen, ihren Gruppen und Organisationen, spricht die *MLPD* also ab, eigene politische Entscheidungen zu treffen und eine eigenständige Vorstellung von der Ausgestaltung des 8. März zu haben. So reduziert sie einen Widerspruch, den ihre Aktivistinnen nicht politisch austragen wollten (die Angebote waren da und sie wurden abgelehnt) und in dem es keine Mehrheiten gab, auf einen persönlichen Konflikt. Eine Sache, die so eher aus dem bürgerlichen Polit-Theater bekannt ist... Jedenfalls aber eine Verfahrensweise, die nicht geeignet ist Widersprüche konstruktiv aufzulösen, sondern nur zum Diffamieren taugt.
- Namentlich wird in der „Roten Fahne“ eine *ver.di*-Sekretärin, sowie diffuse „Kräfte“ um sie herum, als Urheberin der „Spaltung“ benannt. Die Nennung von Namen inklusive Funktion ist eigentlich nur im Rahmen der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner üblich und auch nur dort legitim. Im – auch streitbaren – Diskurs unter Linken verbietet sich dieses Mittel, wenn ein Mindestmaß an Konstruktivität und Solidarität gewahrt werden soll! Die Genossin wird damit gezielt auch möglichen Angriffen Rechter bzw. des Repressionsapparates ausgesetzt. Das gilt unabhängig davon, ob sie diesen Kräften schon in ihrer Funktion bekannt ist, da durch den *MLPD*-Artikel weitere nicht öffentliche Informationen hinzugefügt wurden. Ob und in welchem Kontext eine Linke mit Namen und Funktion in der Öffentlichkeit auftritt, hat nur die jeweilige Person zu entscheiden! Alleine damit wurde eigentlich schon eine Grenze überschritten, innerhalb derer eine Zusammenarbeit noch möglich ist. Damit aber noch nicht genug: Statt wenigstens diesen offensichtlichen Fehler einzugestehen und sich zu entschuldigen, setzt die *MLPD Stuttgart-Sindelfingen* noch eins drauf und benennt in ihrem Papier vom 27.3. noch eine weitere Person mit vollem Namen und Funktion. Sie zeigt damit, dass sie nicht willens oder in der Lage ist, eine solidarische politische Auseinandersetzung unter Linken zu führen – stattdessen wird die Existenz unterschiedlicher Linien lediglich auf das vermeintlich falsche Agieren einzelner Personen zurückgeführt. Das Personalisieren politischer Widersprüche beendet die Debatte um Linienfragen zuverlässig – abgesehen davon, dass die kommunistische Bewegung historisch keine guten Erfahrungen mit dieser Methode gemacht hat...
- Den Höhepunkt der Diffamierung bildet dann aber die Ankündigung in der „Roten Fahne“ „offensiv“ klären zu wollen „inwieweit hier antikommunistische Vorbehalte eine Rolle spielen“! Es ist ein Rückgriff auf die schlechtesten Traditionen kommunistischer Organisationen, allen anderen außer der eigenen Gruppe absprechen zu wollen „kommunistisch“ oder „revolutionär“ zu sein. Solche kindischen Vorwürfe verhindern nur eine solidarische Bezugnahme und eine konstruktive Kritik anderer Linien. Hier fungiert der



Vorwurf des „Antikommunismus“ aber lediglich als plumpe Beleidigung, denn die Beteiligung kommunistischer Gruppen am Aktionsbündnis war der MLPD natürlich bekannt.

Dass die Verfasser des "Rote Fahne"-Artikels sich ernsthaft einreden, jede Kritik an ihrem Verein müsse „antikommunistisch“ motiviert sein, können wir uns nur schwer vorstellen. Dabei muss eines unterstrichen werden: „Antikommunismus“ ist nicht gleichzusetzen mit „nicht-kommunistisch“. „Antikommunismus“ bezeichnet nicht einmal nur die Ablehnung eines kommunistischen Revolutions- oder Organisationsmodells oder die Ablehnung realer sozialistischer Versuche, beispielsweise in der Sowjetunion. „Antikommunismus“ meint die Gegnerschaft. In der Version des „Anti-Bolschewismus“ ist der Begriff von der frühfaschistischen Rechten direkt nach der Novemberrevolution geprägt worden und meint eigentlich den bewußten Kampf gegen jeden sozialen und demokratischen Fortschritt! Wir müssen uns von der *MLPD* nun wirklich nicht unterstellen lassen, wir seien reaktionär...! Auf diesen Zirkus haben wir einfach keine Lust.

Trotz aller Differenzen, die es in der Linken – auch in Stuttgart – geben mag, haben sich in den letzten Jahrzehnten doch einige Grundregeln im (streitbaren) Umgang miteinander etabliert. Dazu zählt, dass man der Repression und dem politischen Gegner gegenüber geschlossen auftritt und keine Namen, Funktionen etc. von Linken veröffentlicht und dass auf Beleidigungen und Diffamierungen verzichtet wird – insbesondere auf den angesichts der Schwäche aller revolutionären Strömungen recht plumpen Vorwurf, eine andere als die eigene Linie sei nicht wirklich revolutionär oder sogar reaktionär. Die *MLPD-Stuttgart-Sindelfingen* hat sich entschieden, diese Grundregeln einer linken Streitkultur nicht zu beachten. Das ist ihre Entscheidung, bedeutet für uns aber, dass wir momentan keine Veranlassung sehen, mit der *MLPD* weiter in Kontakt zu treten oder zusammenzuarbeiten. Entsprechend werden wir sie in Zukunft behandeln. Falls die GenossInnen der *MLPD* ihre Herangehensweise kritisch – und öffentlich in ihrem Organ – reflektieren, sind wir gerne bereit unsere Konsequenzen zu überdenken.

Für eine konstruktive Debatte, für einen offenen Umgang mit Widersprüchen, für den Frauenstreik 2020!